

## Juwel in der Krone

**Englands Verteidigungsminister Nott drückte das größte Waffengeschäft des Jahrhunderts durch. London kauft amerikanische „Trident II“-Raketen für rund 40 Milliarden Mark.**

Jedesmal wenn er nach Europa flog, legte Amerikas Verteidigungsminister Caspar Weinberger im vorigen Jahr einen Zwischenaufenthalt in London ein.

Mal besuchte er John Nott, seinen hageren britischen Amtskollegen, der königlichen Admiralen und Generalen gern vom „großen strategischen Geschick“ des Kaliforniers vorschwärmt.

Mal machte der Pentagon-Chef einen Abstecher in die Provinz, wo er in Oxfordshire die Autorin Janet Morgan traf. Die ist von Weinberger derart angetan, daß sie gern seine Biographie schreiben möchte.

Darin dürften dann die Besuche eine Rolle spielen, die Weinberger dem Kollegen Nott abstattete und deren Ergebnis vorletzten Donnerstag publik wurde.

An jenem Tage verkündete John Nott, Großbritannien werde seine atomare U-Boot-Flotte mit 64 amerikanischen Atomraketen vom Typ „Trident II“ armieren – Dank sei Caspar Weinberger.

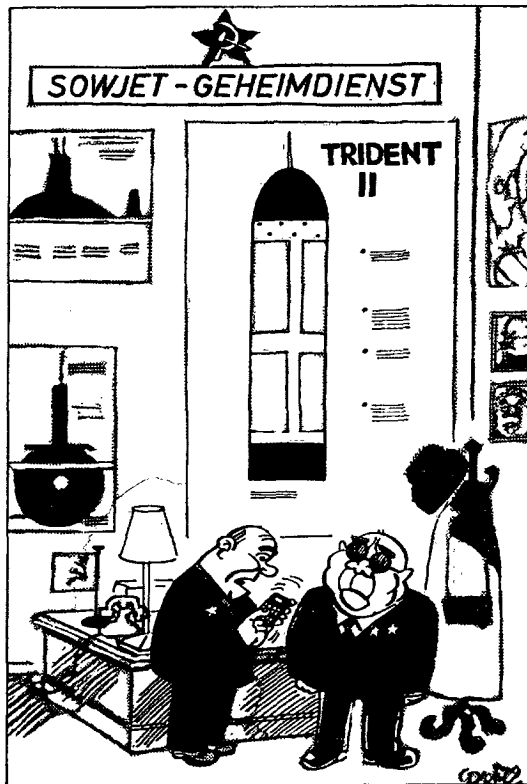
Ursprünglich nämlich hatte Britannien für gut 20 Milliarden Mark seine langsam alternde „Polaris“-Flotte mit der Raketen-Variante „Trident I“ ausstatten und damit sein atomares Potential verdoppeln wollen: In den 64 „Trident I“-Nasen könnten 384 Sprengköpfe untergebracht werden, jeder siebenmal so stark wie die Hiroschima-Bombe.

Doch dann erläuterte London-Besucher Weinberger dem Ex-Leutnant Nott („2nd Gurkha Rifles“) plötzlich eine neue Raketenpolitik des Pentagon. Ihr wichtigstes Instrument sei eine „strategische Zange“, bestehend aus dem Landraketen-System MX und der U-Boot-Waffe „Trident II“, deren Entwicklung nun beschleunigt werde.

Diese neue Strategie jedoch – von US-Präsident Ronald Reagan im Oktober offiziell verkündet – setzte Nott in Zugzwang: Bereits 1985, so eröffnete ihm Weinberger, werde Lockheed das Produktionsband für die „Trident I“-Raketen stilllegen. Wollte London bei den „Trident I“-Raketen bleiben, dann müsse Großbritannien die Mehrkosten für den Weiterbau der Rakete sowie für die Ersatzteilproduktion allein tragen.

Nott optierte – nicht ganz freiwillig – für die neue Super-Rakete, sparte damit aber kaum etwas ein. Denn die längeren „Trident II“-Raketen passen nicht mehr in die vier Atom-U-Boote, die für die kleinere Ausgabe geplant waren. Nun müssen auch noch neue U-Boote jeweils von der Länge zweier Fußballfelder gebaut werden.

Damit aber steigen die Kosten für die Trident-Flotte „auf rund 33 Milliarden Mark“, wie Nott im Unterhaus „zu derzeitigen Preisen“ hochrechnete. Nach einer Gegenrechnung des „Observer“, die Inflation und Wechselkursschwankungen berücksichtigte, wäre eine Endsumme von 40 Milliarden Mark „noch eine Untertreibung“.



Daily Mirror

**„Wenn die Engländer das erst bezahlt haben, lohnt es nicht mehr, sie anzugreifen“**

Zwar versuchte Notts Stellvertreter, Armeeminister Peter Blaker, die Kalkulationen zu versüßen. Jeder Brite müsse in den nächsten 15 Jahren wöchentlich „nur den Gegenwert von einer Tafel Schokolade“ aufbringen, um die neue Unterwasser-Streitmacht zu bezahlen. Und Nott beschwichtigte, Ende der 80er Jahre müßten nur drei Prozent des Verteidigungsbudgets für die „Trident II“ aufgewendet werden.

Doch die Zahlen sind umstritten. „Die Trident II“, fürchtet etwa Notts Parteifreund und Verteidigungsexperte Julian Critchley, „kann nur auf Kosten der Rheinarmee beschafft werden.“

Dabei entging den meisten Nott-Gegnern sogar, daß Ende nächsten Jahres ein weiteres Atomprogramm in Gang

kommt, das bislang 4,5 Milliarden Mark gekostet hat. Von diesem Zeitpunkt an werden die – eigentlich zum Abwracken bestimmten – Raketen der „Polaris“-Flotte erstmals mit lenkbaren Atomsprengköpfen ausgerüstet.

Die neuen Polaris-Sprengköpfe sollen die „Moskau-Option“ als gültigen Kernsatz der britischen Atomdoktrin bekräftigen: Im Falle eines sowjetischen Angriffs würde im Gegenschlag die sowjetische Hauptstadt eingeäschert werden – ein Konzept, das etwa der Trident-Kritiker Lord Solly Zuckerman, einst wissenschaftlicher Chefberater des „Polaris“-Flottengründers und Premierministers Harold Macmillan, für „vollkommen ausreichend“ hält.

Mit der neuen Trident-Flotte aber, so befürchtet die Denkschule um Zuckerman, rücke Großbritannien von der Doktrin der Minimal-Abschreckung ab und rüste, wie die USA und die Sowjet-Union, für den atomaren Overkill.

Sowohl die neuen U-Boote wie auch die Raketen (Nott: „Juwel in unserer Rüstungskrone“) müßten in sieben Jahren Einsatzzeit nur einmal gewartet werden, so daß zu jeder Zeit drei „Trident II“-U-Boote mit maximal 672 Atomsprengköpfen auf den Weltmeeren patrouillieren könnten – wesentlich mehr, als zur Zerstörung Moskaus benötigt würden.

## ÖSTERREICH

### Als erster da

**Österreich ist auf den Gaddafi gekommen. Wiens Bundeskanzler Kreisky hat es immer schwerer, geeignete Partner für seinen außenpolitischen Expansionsdrang zu finden.**

Beim Abflug des libyschen Revolutionsführers Muammar el-Gaddafi aus Wien konnte sich der erschöpfte Gastgeber Bruno Kreisky nur noch an den Weltgeist klammern. Trotz des Verweises aller Nörgler auf die ferne Zukunft: „Ich bin gewohnt, daß ich erst einmal kritisiert werde. Nachher stellt sich dann alles, was ich tu, immer als richtig heraus.“

Mit dem ersten Satz hat der österreichische Bundeskanzler recht. Daß Bruno Kreisky Mitte März dem umstrittenen Wüstenfuchs überraschend zu einem Premierenauftritt im Westen verhalf, verursachte große Aufregung.

Österreichs oppositionelle Volkspartei beklagte den „ganz und gar unnötigen Schulterschluß mit Terroristen“ und verlangte die „Rückkehr zu einer soliden Neutralitätspolitik“. Die Amerikaner, deren Ronald Reagan von Gaddafi in Wien mit Adolf Hitler verglichen worden war, zitierten Österreichs Botschafter ins State Department, um ihm ihr Befremden auszudrücken.

Ob Kreisky auch mit seinem zweiten Satz recht behält, scheint zumindest

zweifelhaft. Schon seit langem stellt sich keineswegs alles, was er tut, als richtig heraus.

Dabei hält sich Kreisky in der Außenpolitik geradezu stur an de Gaulles Devise, wonach „Staaten keine Freunde, sondern nur Interessen haben“, und an eine simple Philosophie: Man muß der erste sein, der den Außenseitern der Völkergemeinschaft die Hand reicht.

1960 reiste Kreisky als erster westlicher Außenminister nach Polen. Dann war er der erste in Ungarn, Rumänien, Bulgarien und bei Nasser.

1974, inzwischen Bundeskanzler, traf er als erster westlicher Regierungschef mit PLO-Führer Arafat zusammen. Im Jahr darauf unterzeichnete er als erster Westler einen Konsularvertrag mit der DDR und reiste für die Sozialistische Internationale nach Libyen.

1978 ließ sich der Wiener als erster Westpremier bei SED-Chef Erich Honecker blicken; 1979 lud er Jassir Arafat zu einer ersten offiziellen Westreise nach Wien ein und sank ihm gleich bei der Begrüßung am Flugplatz in die Arme.

1980 schließlich führte Kreisky eine Mission der Sozialistischen Internationale in die Höhle des verfeimten Geiselhalters Chomeini.

„Wir können uns die Leute nicht aussuchen, die Weltpolitik machen“, pflegte Kreisky seine Premieren zu verteidigen. Ob nett oder unappetitlich, irgendwann müsse ja doch mit ihnen geredet werden.

Den siebeneinhalb Millionen Kleinösterreichern, die ohnehin voller Wehmut an die Großmacht-Diplomatie ihres dahingeschwundenen k.u.k. Imperiums denken, gefielen die Kreiskyschen Extratouren anfangs gut – sie vermittelten ihnen, was wohl auch Kreisky treibt: die wohlthuende Illusion globaler Bedeutung.

Ermutung widerfuhr dem Wiener Kanzler auch durch unleugbare Erfolge in der Ostpolitik. Der entschiedene Antikommunist Kreisky zählt zu den Initiatoren einer phantasievollen Koexistenz. Bei Österreichs Nachbarn sah sich Kreisky als ehrlicher Makler akzeptiert.

Bald aber wurde dem leidenschaftlichen homo politicus von der Donau, der sich selbst für sein kleines Land wohl zu groß fand, auch das Aktionsfeld vor der rotweißroten Haustür zu eng. Europa genügte ihm nicht mehr.

Er wollte „am Weltfrieden mitarbeiten“ und engagierte sich dort, wo der traditionell bedroht ist – im Nahen Osten. Dort aber, wo die beiden Großen wie auch die Uno ständig auflaufen, ist auch für einen neutralen Kleinstaat wenig zu holen – und für Bruno Kreisky persönlich überhaupt nichts.

In den Augen der Israelis hatte sich der proarabische Jude Kreisky von vornherein als Vermittler disqualifiziert. Nach Meinung Menachem Begins ist Kreisky ein „Verräter“ und „Renegat“, und gewiß klopft Kreisky zuweilen ebenso locker gewissenlose Sprüche wie Be-

gin selbst (Beispiel: „Wenn die Juden ein Volk sind, so sind sie ein mieses Volk“).

In den Augen der meisten Araber-Regierungen wiederum steht hinter Kreisky zu wenig moralische und wirtschaftliche Kraft. Sie verlassen sich lieber auf ihre potenten Protektoren in Washington oder Moskau als auf einen Geschäftshuber mit leerer Tasche.

So blieb für Kreisky neben dem mittlerweile ermordeten Ägypter Sadat, der immer wenigstens für Artigkeiten in Richtung Wien gut war, lediglich ein einziger potentieller Partner: PLO-Chef Jassir Arafat, dem freilich viele Araber kaum über den Weg trauen.

Kreisky arrangierte das erste Treffen zwischen Arafat und Willy Brandt. Er

Mord an Sadat, um sich, angeblich „bitter enttäuscht“, aus der beklemmenden Umarmung zurückzuziehen. Bis auf weiteres glaubten sich die Österreicher vor allzu ambitionösen Ausflügen ihres Chefs in die Weltpolitik sicher.

Was Kreisky trotz alledem veranlaßte, nach Arafat nun auch noch Muammar el-Gaddafi an seine nadelgestreifte Brust zu ziehen – jenen Beduinenoffizier, den Amerikaner für den „gefährlichsten Mann der Welt“ halten, weil er Revolutionäre und Terroristen in fast einem halben Hundert Ländern unterstützt, bleibt offen.

War es wirklich nur „progressiver Eitelkeitsstarrsinn“, wie die sonst so dezente katholische Wiener Wochenzeitung „Die Furchen“ deutlich, „wenn auch mit Respekt“ diagnostiziert?

Eher nein. Daß der 71jährige Kreisky am Ende seiner stolzen Karriere nun auf den Gaddafi gekommen ist, hat zumindest einen seriösen Grund: die dramatische Krise der heimischen Wirtschaft.

Angesichts eines bislang ungewohnten Arbeitslosenheeres (5,1 Prozent, 146 000 Österreicher) vermengt Kreisky seine politischen Auslandsaktivitäten nun mit wirtschaftspolitischem Doping.

Seine Staatsbesuche in jüngster Vergangenheit gleichen kaum mehr getarnten Verkaufstouren. Statt über Weltpolitik zu dozieren, versucht Kreisky sich an so

fremden Vokabeln wie Ferrochromhütte oder Nahtlosrohrwerk.

Besonders heiße Hoffnungen dürfte Kreisky mit Libyen verbunden haben. „Mit Gaddafi sind Milliardenengeschäfte zu machen“, begründete er auch die umstrittene Einladung: Er wollte dem Demokratenschreck zur Salonfähigkeit verhelfen („Dieser Mann möchte aus seiner Isolierung ausbrechen“) und dafür in barer Münze kassieren.

Den Blick starr aufs staatliche Auftragsbuch gerichtet, hielt er nach arabischer Freundessitte Gaddafis Hand, bezeichnete ihn als „ganz normalen Partner“, riskierte damit die nachhaltige Verstimmung der Saudis, deren Gunst ihm erklärtermaßen wichtig ist, und auch der Amerikaner.

Nicht einmal persönliche Demütigungen brachten ihn aus der Contenance:



Wien-Besucher Gaddafi, Gastgeber: Hand in Hand

verschaffte den PLO-Vertretern wichtige Gespräche in London, Paris und Amsterdam, brachte die Palästinenser mit europäischen Juden zusammen.

Doch dann endete das orientalisch-Abenteuer ihres Welt-Diplomaten für die Österreicher sehr ernüchternd. Während Arafat – nicht zuletzt dank Kreiskys zäher Vorarbeit – vor der Uno in New York auftrat, sah sich Österreich 1981 als Schlachtfeld rivalisierender PLO-Gruppen mißbraucht. Syrisch gegängelte Terrorkommandos ermordeten den Wiener Stadtrat Heinz Nittel, richteten vor der Synagoge ein Blutbad an und bedrohten sogar Kreisky selbst.

Unter dem Druck der Bevölkerung blieb Kreisky nichts anderes übrig, als sich von seinem gefährlichen Schützling endlich zu distanzieren. Er benutzte den unverhohlenen Jubel Arafats über den

Als Kreisky seinen Staatsgast zeitgerecht im Hotel „Imperial“ abholen wollte, gefiel es dem launenhaften Libyer, noch ein zusätzliches Viertelstündchen beim Frühstück zu verscherzen.

Trotzdem stand am Ende für die Österreicher so gut wie nichts unterm Strich. Das Klingeln des kaiserlichen Tafelgeschirrs fand keinerlei Fortsetzung in der Kasse.

Kreiskys Märchenprinz ist nämlich wegen der Opec-Probleme knapp bei Kasse. Er könnte zusätzliche Importe allenfalls mit zu teurem libyschen Öl bezahlen, für das die Österreicher weder Verwendung noch Lager haben.

„Wir saßen einander wie zwei Bankrotteure gegenüber, von denen jeder den anderen als Multimillionär sieht“, kennzeichnete ein österreichischer Teilnehmer das Fiasko der Wirtschaftsverhandlungen, „die eigentlich gar nicht richtig in Schwung kamen“.

## INDIEN

### Heißer Draht

**Mit zwei Flugzeugen voller Generäle kam Moskaus Verteidigungsminister Ustinow nach Delhi: Er bot modernstes sowjetisches Kriegsgesetz an.**

**W**ir sind Ihre wahren Freunde, sagen Sie, was Sie brauchen, und Sie bekommen es“, lockte der in Paradeuniform mit elf Reihen Orden erschienene Besucher die First Lady.

Wozu sie denn, fügte er kaum verklau-suliert hinzu, teures Gerät bei der Konkurrenz kaufen wolle – „Mirage“-Jets in Frankreich, „Jaguar“-Flugzeuge in England, U-Boote in Deutschland?

Indiens Regierungschefin Indira Gandhi, die „bei Waffen nicht von einem einzigen Land abhängig“ sein will, blieb unverbindlich. Sie hat bereits hinreichend harte Ware aus den Rüstungs-fabriken des Besuchers, des sowjetischen Verteidigungsministers Dmitrij Ustinow, 73, gekauft: Allein 1980 orderten die Inder bei den Russen Rüstungsgut für über drei Milliarden Mark.

Doch der Marschall aus Moskau blieb hartnäckig. Nur die Sowjet-Union, den Indern seit 1971 durch einen Freundschaftsvertrag eng verbunden, könne dem Lande wie bereits damals beim Krieg gegen Pakistan in der Stunde der Not zur Seite stehen.

Um die Bedeutung des Besuchs für alle sichtbar zu machen, erschien Ustinow mit dem größten Trupp von Generalen, die je zu Friedenszeiten außerhalb der sowjetischen Grenzen gesichtet wurde. Zu seiner Begleitung von rund 30 Sterne-Trägern zählte die Spitzenprominenz der Streitkräfte:

- ▷ Hauptluftmarschall Pawel Kuchakow, 67, Oberbefehlshaber der Luftstreitkräfte;

- ▷ Flottenadmiral der Sowjet-Union Sergej Gorschkow, 72, Oberbefehlshaber der Kriegsmarine;

- ▷ Armeegeneral Witalij Schabanow, 59, Stellvertretender Verteidigungsminister und Vater der SS-20.

- ▷ Armeegeneral Walentin Waremikow, 58, Erster Vizegeneralstabschef.

Die von solch prominenter Parade überraschten Inder mußten die eigene Generalität zum Sammeln blasen, um die Kameraden würdig empfangen zu können: Armeebefehlshaber General Krishna Rao verschob eine geplante Reise nach Paris, wo er über den Ankauf von Mirage-2000-Kampfflugzeugen verhandeln wollte. Luftwaffenchef Marschall Dilbagh Singh kehrte vorzeitig aus London zurück, wo er über Ersatzteillie-

Beide Länder meinen, lohnende Ziele für diese supermodernen Kampfmaschinen zu haben:

Indiens Atommeiler von Kotah in Radschastan, wo auch jener Sprengsatz gefertigt wurde, den Delhi 1974 detonieren ließ, liegt ebenso in Reichweite der F-16 wie das Ölfeld „Bombay High“.

Pakistan wiederum befürchtet, daß Indiens Luftwaffe bereits Einsatzpläne für einen Überraschungsangriff auf die pakistanischen Atomanlagen in Kahuta hat, wo bis zum nächsten Jahr eine „Islamische Bombe“, versuchsreif sein soll.

Ustinow habe, so hieß es in Delhi, zugesagt, Indien laufend über den Fortschritt der pakistanischen Atomrüstung zu informieren, den die Sowjets über ihre Spionagesatelliten genau verfolgen.

Nicht allein in seinem Anderthalb-Stunden-Gespräch mit Frau Gandhi ver-



**Indien-Besucher Ustinow, Gastgeberin:** „Sagen Sie, was Sie brauchen“

ferungen für Indiens „Jaguar“-Flugzeuge gesprochen hatte.

Besondere Ehre erwiesen die Inder den Gästen, indem sie die Russen im „Raschtrapati Bhawan“ einquartierten, dem prunkvollen Präsidentenpalast in Delhi, in dem einst der britische Vizekönig residierte und der ansonsten Monarchen und Staatsoberhäuptern vorbehalten ist. Ustinows Sicherheitsbegleiter installierten in seiner Suite sogleich einen heißen Draht nach Moskau.

Den gemeinsamen Feind hatte die Moskauer Armeezeitung „Roter Stern“ noch vor der Ankunft des Ministers in Delhi ausgemacht: Amerikas CIA schüre in Indien Subversion mit Attentatsversuchen (angeblich sogar auf Indira Gandhi), Separatismus und „wirtschaftlicher Zersetzung“.

Ustinow bot den Indern das modernste sowjetische Kampfflugzeug, MIG-27, an – als Gegengewicht gegen jene 40 F-16-Jets, die Amerika dem Erbfeind Pakistan schicken will.

suchte Ustinow, die Inder noch enger an die UdSSR zu binden.

In Bangalore, wo die „Hindustan Aeronautics“-Werke bereits MIG-21 montieren, bot er die Lizenzfertigung von MIG-23 an. Admiral Gorschkow offerierte der Kriegsflotte, Indiens schwächster Teilstreitkraft, moderne sowjetische Schiffe.

Angesichts solchen Einsatzes der Gäste versucht Neu-Delhi bereits, die Bedeutung des Besuches herunterzuspielen. Verteidigungs-Staatssekretär P. K. Kaul beschwor indische Journalisten, nicht zuviel in die Visite hineinzuinterpretieren, die nur „ein Good-will-Besuch“ sei.

An einem der Besuchstage mochte es so scheinen: Auf besonderen Wunsch der offiziell höchst prüden Russen besichtigten die Gäste den abgelegenen Dschungelort Khajuraho. Dort stehen die Tempel mit den berühmtesten erotischen Skulpturen des Subkontinents. ◆